

Gut und sicher leben:

Unser Ziel: Mehr gute Beschäftigung für Ältere



Eine gute Beschäftigungslage älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist die Voraussetzung für eine gute und gerechte Altersversorgung. Dies ist Kern eines Beschlusses, den das SPD-Präsidium zur Zukunft der gesetzlichen Rente und zum künftigen Renteneintrittsalter gefasst hat: Erst wenn die Hälfte aller 60- bis 64-Jährigen tatsächlich einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgeht, ist demnach eine Erhöhung des Renteneintrittsalters möglich.

Die Rentenversicherung steht vor großen demografischen Herausforderungen:

- ▶ Junge Menschen steigen später ins Arbeitsleben ein und zahlen nicht so lange in die Rentenkasse ein.
- ▶ Die Lebenserwartung ist gestiegen und damit auch die Anzahl der Rentenbezugsjahre und die Summe der Rentenzahlungen.
- ▶ Weniger sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlen für eine größere Zahl Rentnerinnen und Rentner ein.

Aber auch Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt haben Auswirkungen auf die Rente:

- ▶ Lediglich 21,5 Prozent der 60- bis 64-Jährigen gehen heute einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach.
- ▶ Ein ausufernder Niedriglohnsektor und geringe Lohn- und Gehaltssteigerungen bedeuten weniger Einnahmen für die Rentenversicherung.
- ▶ Niedrige Löhne und prekäre Beschäftigung führen dazu, dass die Gefahr von Altersarmut steigt.

Altersarmut bekämpfen – den demografischen Wandel gestalten

Aus Sicht der SPD sind deshalb folgende Maßnahmen notwendig, um Altersarmut vorzubeugen, den demografischen Wandel zu meistern und die soziale Altersvorsorge zu sichern:

- **Gute Löhne** und ein **gesetzlicher Mindestlohn** sind wesentliche Voraussetzungen für angemessene Renten.
- Bevor das Renteneintrittsalter schrittweise angehoben werden kann, muss eine **Beschäftigungsquote der 60- bis 64-Jährigen von mindestens 50 Prozent** erreicht werden.
- Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit **hoher körperlicher oder psychischer Arbeitsbelastung** müssen **flexibel in Rente** gehen können, ohne damit größere Renteneinbußen in Kauf zu nehmen.
- Die Arbeitgeber sind gefordert, **mehr Ältere versicherungspflichtig zu beschäftigen**.
- Flexible Übergänge wie **Altersteilzeit** oder **Teilrente** müssen gestärkt werden.